

TRIUMPH DER FRAUEN?

*Das weibliche Antlitz
des Rechtspopulismus
und -extremismus in
ausgewählten Ländern*

07

Fallstudie Brasilien
Flávia Biroli

TRIUMPH DER FRAUEN?

DIE STUDIENREIHE

Weltweit setzt sich das Erstarken rechtspopulistischer Parteien der vergangenen Jahre fort – in den meisten Ländern ist diese Entwicklung männlich dominiert und Rechtspopulisten werden vor allem von Männern gewählt. Doch auch eine neue Generation von Frauen ist in rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen aktiv – sie bilden sozusagen das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus. Und in der Gunst der Wählerinnen holen diese Parteien stark auf – ein neues Phänomen, dachte man doch lange, dass Frauen eher immun gegenüber rechten politischen Angeboten sind. Doch welche geschlechter- und familienpolitischen Positionen und gesellschaftlichen Tendenzen stehen dahinter? Kann es sein, dass sich hier politisch ein Triumph der Frauen zeigt?

Das fragten wir, zugegeben provokativ, bereits mit unserem ersten Band der 2018 von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Publikation *Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right in Europe*. Wir setzen diesen ersten Band nun mit einer Reihe von Teilstudien in loser Folge fort. Das liegt nicht nur an dem großen Interesse, das der Studienband bis heute in der Öffentlichkeit und Fachwelt hervorgerufen hat. Als Stiftung der Sozialen Demokratie ist es uns seit unserer Gründung ein wichtiges Anliegen, antidemokratische Tendenzen und Entwicklungen im Blick zu behalten und darüber aufzuklären, um mit diesem Wissen eine offene und demokratische Gesellschaft zu stärken.

Die Studienreihe *Triumph der Frauen?* nimmt dabei einen besonderen Blickwinkel ein: Die Länderstudien untersuchen rechtspopulistische (und vereinzelt rechtsextremistische) Parteien und ihre Programmatik in der Familien- und Geschlechterpolitik. Hierbei steht die Frage im Vordergrund, welche Politikangebote bei Wählerinnen verfangen und Parteien im rechten Spektrum wählbar machen. Wie brechen sich antifeministische Positionen Bahn? Zudem werden einzelne geschlechterpolitische Themen untersucht, erreichte Stimmenanteile analysiert sowie die Rolle weiblicher Führungsfiguren und Gegenbewegungen beleuchtet.

Während der erste Studienband Länder aus Europa in den Blick nahm, weitet die neue Studienreihe den Blick und analysiert einzelne Länder und Themen weltweit. Wo schaffen es rechtspopulistische Parteien, neben der Diskurshoheit über Flucht- und Migrationsthemen auch Debatten in der Familien- und Geschlechterpolitik diskursiv zu verschieben oder gar zu prägen? Und treffen die sozialpolitischen Angebote auf Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit breiter Wähler_innenschichten?

Wie auch immer die Antworten auf diese Fragen ausfallen, uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass sich progressive Akteur_innen über diese Herausforderungen verständigen und gemeinsam den Kampf gegen das Auseinanderdriften und Spaltungen in unseren Gesellschaften angehen.

Dr. Stefanie Elies und Kim Krach
Forum Politik und Gesellschaft
Friedrich-Ebert-Stiftung

FALLSTUDIE BRASILLEN

VON FLÁVIA BIROLI

// In den letzten Jahren ist in Brasilien eine neue politische Kraft entstanden: eine Neue Rechte, die eine Kombination aus wirtschaftlichem Ultraliberalismus und moralischem Konservatismus vertritt. Zahlreiche Neugründungen rechtsgerichteter Denkfabriken, die die Idee eines »freien Markts« propagierten (Rocha 2019), sowie die zunehmende Präsenz christlich-konservativer Akteur_innen in der Politik (vgl. Machado 2018) hatten zuvor den Boden für neue politische Verwerfungslinien in der öffentlichen Diskussion bereitet. Dabei konnte man anfangs kaum von einer politischen Koalition dieser unterschiedlichen Kräfte sprechen. Ab etwa 2010 jedoch begann sich ein Konzept einer »liberal-konservativen« Alternative zu einer angeblichen linken Hegemonie zu entwickeln, das zu einem Denkraum wurde, mit dem unterschiedlichste Teile der Bevölkerung erfolgreich mobilisiert werden konnten. Im Zuge dieser Entwicklung wurde auch die Kategorie Geschlecht zum Thema in der politischen Debatte.

Nach den massiven Protesten des Jahres 2013, die als Demonstrationen gegen steigende Preise im öffentlichen Nahverkehr begonnen hatten und sich bald zu einem Forum für rechtsgerichtete Antikorruptionsproteste entwickelten, fand sich eine Koalition aus Akteur_innen zusammen, die vorher getrennt voneinander agiert hatten. Zusätzliche Sichtbarkeit erlangte diese entstehende »Neue Rechte«, wie sie mittlerweile genannt wird, im Zuge der Kampagne für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsidentin Dilma Rousseff, das der Nationalkongress 2016 beschloss. Mit der daraus resultierenden Amtsenthebung endete die vierte Wahlperiode in Folge, in der die Partei der Arbeiter (PT) die Regierung anführte, sowie die zweite Amtszeit von Präsidentin Dilma Rousseff, die 2014 wiedergewählt worden war. //

Ein großer Teil der Akteur_innen, die das Amtsenthebungsverfahren gegen Rousseff gefordert hatten, unterstützte 2018 auch den rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Jair Bolsonaro. Ihm traute man zu, die PT bei den Präsidentschaftswahlen schlagen zu können – was sich auch bewahrheitete. Ursprünglich war Bolsonaro für eine Kleinpartei namens PSL angetreten, die er aber schon im ersten Jahr seiner Präsidentschaft wieder verließ. Er ist seitdem parteilos und hat es im Nationalkongress daher nicht immer leicht, zumal Brasilien mit 24 derzeit in der Abgeordnetenkammer vertretenen Parteien eine stark zersplitterte Parteienlandschaft vorweist. Die extreme Rechte wird daher weniger durch eine Partei vertreten, als dass man sie als Phänomen begreifen kann: den *Bolsonarismo*. Mit diesem personalisierten Ansatz gelang es der extremen Rechten, einen moralischen Konservatismus zu etablieren, der eine Agenda von »Recht und Ordnung« sowie ein neoliberales Wirtschaftsprogramm mit dem Ziel einer Begrenzung von Arbeits- und sozialen Rechten und einer Senkung öffentlicher Ausgaben verfolgt.

Diese Politik betreibt eine »Privatisierung« im doppelten Sinne: Zum einen versucht sie mit einem neoliberalen Ansatz, den staatlichen Einfluss in der brasilianischen Wirtschaft zurückzudrängen; zum anderen spricht sie davon, Familien das »Recht« zurückzugeben, ihre Kinder so zu erziehen, wie sie wollen – frei von angeblich »ausländischen« und von »Eliten« ausgeübten Einflüssen, die für pädagogische Leitlinien etwa in den Bereichen soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Respekt für sexuelle Vielfalt verantwortlich sein sollen. In diesem doppelten Sinn entspricht der Begriff »Privatisierung« dem, was Wendy Brown (2019: 108) als Ausweitung der privaten Sphäre beschrieb: einer Agenda, die immer mehr gesellschaftliche Güter einerseits kommodifiziert und andererseits der familiären Sphäre überantwortet und damit »an Grundsätzen von Gleichheit, Säkularismus, Pluralismus und Inklusion rüttelt«. Ein weiterer Faktor in Bolsonaros Aufstieg ist, dass es ihm gelang, Ängste in der Bevölkerung aufgrund von grassierender Gewalt in Städten dazu zu nutzen, sich selbst als die beste Alternative zu moralischer Unordnung und das beste Mittel gegen einen gesellschaftlichen Linksschwenk zu inszenieren und damit von einem rechtsextremen Hinterbänkler zu einem realistischen Präsidentschaftskandidaten zu

entwickeln. Im Wahlkampf 2018 kam es dann zu der strategischen Mobilisierung einer »moralischen Panik«, in deren Zuge Unsicherheiten in der Bevölkerung in moralische Kategorien gefasst wurden. Nach seiner Wahl holte Bolsonaro konservativ-religiöse Gruppen ins Boot, die nun auch auf bundespolitischer Ebene gegen Geschlechtergerechtigkeit und sexuelle Vielfalt agierten.

In dieser Studie soll die Rolle des Antifeminismus beim Aufstieg der extremen Rechten in Brasilien beleuchtet werden. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Beteiligung von Frauen – sowohl als Teil der rechtsgerichteten Politik als auch als Akteurinnen des Widerstands.

Im ersten Abschnitt geht es darum, welche Rolle der Kampf gegen Frauenrechte und Genderpolitik beim Aufstieg der extremen Rechten in Brasilien gespielt hat. Ich werde darlegen, wie im Kontext einer politischen Krise die Kombination eines Ansatzes von »Recht und Ordnung« in der Verbrechensbekämpfung, einer spezifisch gegen Parteien und Politiker_innen der linken Mitte gerichteten Rhetorik des Kampfs gegen Korruption sowie einer antifeministischen Agitation eine systemfeindliche Perspektive ergaben, mit der die extreme Rechte die Präsidentschaftswahlen 2018 gewinnen konnte. Der zweite Abschnitt konzentriert sich auf die Rolle der Frauen in rechtsextremen Bewegungen und Parteien. Hier werde ich ihre Beteiligung als Politikerinnen wie auch als Wählerinnen analysieren und – unter Berücksichtigung von Daten aus Wahlkreisen sowie Meinungsumfragen – die Unterschiede nach Geschlecht und Religionszugehörigkeit bei Bolsonaros Wähler_innen und Unterstützer_innen beleuchten.

Seit 2016 spielen Frauen und feministische Bewegungen eine immer stärkere Rolle im Widerstand gegen rechte Politik im Allgemeinen und beim Aufstieg der extremen Rechten als politischer Kraft im Besonderen. Der letzte Abschnitt widmet sich daher einer Analyse dieses Widerstands und untersucht kurz seine Potenziale und Grenzen.

I. Rechtsextreme Politik auf dem Weg zur Macht – Kritik an Frauen- und Geschlechterpolitik

Seit 2016 hat Brasilien große politische Veränderungen erfahren. Das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsidentin Dilma Rousseff wurde weithin als parlamenta-

rischer Staatsstreich gewertet, der dem seit den 1980er Jahren – dem Ende der Militärdiktatur – bestehenden Gleichgewicht im demokratischen politischen Zyklus ein Ende bereitere (vgl. Santos/Guarnieri 2016). 1988 war eine neue Verfassung verabschiedet worden, die den politischen Forderungen nach Garantien für ein breites Spektrum an individuellen und sozialen Rechten Rechnung trug.¹ Gesellschaftlicher Aktivismus sowie eine signifikante Präsenz von Parteien der Mitte und der linken Mitte während der Kongress- und Präsidentschaftswahlen sorgten dafür, dass Ungleichheiten und Menschenrechte in den Fokus der politischen Debatte gerückt wurden. Das bereitete auch den Boden für die spätere Regierungspolitik der zentristischen Partei der Brasilianischen Sozialdemokratie (PSDB, 1995–2002) sowie der links der Mitte angesiedelten Partei der Arbeiter (PT, 2003–2016).²

Trotzdem fand die Konsolidierung der Demokratie innerhalb eines Kontextes hartnäckiger Ungleichheiten und anhaltender Gewalt statt. Auch nach 30 Jahren demokratischer Regierung ist Gewalt gegen Frauen³ und gegen junge Schwarze Männer aus von Armut geprägten Gebieten⁴ in Brasilien besonders verbreitet. Frauen sind zudem direkt von der Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen betroffen, die ihre Autonomie beschränkt und sie immer wieder in Lebens-

gefahr bringt.⁵ Es variiert also nicht nur die politische Partizipation nach Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit und Klassenzugehörigkeit, sondern auch die Chance auf ein Leben in körperlicher Unversehrtheit.

Dabei hat Brasilien eine der weltweit niedrigsten Beteiligungsquoten von Frauen in der Politik: Selbst während der Zeit der größten demokratischen Stabilität waren nie mehr als zehn Prozent der Mitglieder der brasilianischen Abgeordnetenversammlung Frauen, obwohl laut einem Quotierungsgesetz von 1997 mindestens 30 Prozent der Plätze auf den Wahllisten von Parteien für Frauen zu reservieren sind.⁶ Nichtsdestotrotz haben sich Frauen schon immer an dem Aufbau und der Konsolidierung der brasilianischen Demokratie beteiligt und Fortschritte konnten erzielt werden. Seit dem Widerstand gegen die Diktatur von 1964 fordern Frauenorganisationen und feministische Bündnisse ein demokratisches System, in dem Frauen gleichberechtigte Staatsbürgerinnen sind. Ein günstiges internationales Umfeld trug ab den 1980er Jahren dazu bei, dass sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene Kommissionen für Frauenrechte und Behörden für Frauenpolitik geschaffen wurden.

Die Wahl von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva (PT) im Jahr 2002 läutete eine Ära »nie zuvor dagewesener [sic!] Durchlässigkeit des Staats« für soziale Bewegungen ein (Abers u.a. 2015), wovon auch feministische Bewegungen profitierten. Partizipationsmechanismen, die schon in der Verfassung von 1988 verankert waren, wurden nun noch effektiver und die Einrichtung eines Sondersekretariats für Frauenpolitik im Jahr 2003 markierte eine neue Etappe im Bekenntnis des brasilianischen Staats zum Feminismus. Vier Nationale Konferenzen zu Frauenpolitik (2004, 2007, 2011 und 2016) mündeten in drei Nationale Aktionspläne für Frauenpolitik (2004, 2008 und 2013). Diese wiederum führten zu einer Reihe von staatlichen Maß-

¹ Es gab in Brasilien keine Übergangsgerechtigkeit; die Verbrechen staatlicher Akteur_innen während der Diktatur blieben ungeahndet. Präsidentin Dilma Rousseff, selbst während der Diktatur inhaftiert und gefoltert, setzte im Jahr 2011 gegen erbitterten Widerstand aus dem Militär eine Nationale Wahrheitskommission ein.

² Beide Parteien waren in den 1980er Jahren aus Oppositionsbewegungen gegen die Diktatur von 1964 entstanden.

³ Laut einer 2019 durchgeführten Studie des Brasilianischen Forums für Öffentliche Sicherheit hatten 2018 27,4 Prozent aller Frauen über 16 Jahre eine Form von Gewalt erlebt. Die meisten (76,4 Prozent) gaben an, dass sie den Täter bereits vorher kannten; die meisten Fälle (42 Prozent) hatten zu Hause stattgefunden (<https://forumseguranca.org.br/wp-content/uploads/2019/02/relatorio-pesquisa-2019-v6.pdf> [aufgerufen am 4.2.2021]). Unter allen 2018 verzeichneten gewaltsamen Todesfällen gelten sechs bis acht Prozent als »Femizide«, wie tödliche Gewalt gegen Frauen in Brasilien seit 2015 juristisch definiert ist (https://forumseguranca.org.br/wp-content/uploads/2018/06/FBSP_Atlas_da_Violencia_2018_Relatorio.pdf [aufgerufen am 4.2.2021]).

⁴ Diese Gruppe bildet die Mehrheit unter den Personen, die im Zusammenhang mit Konflikten unter Kriminellen sowie zwischen Kriminellen und der Polizei ums Leben kommen. Unter den Opfern tödlicher Polizeigewalt waren 2018 75,4 Prozent Schwarze, obwohl ihr Anteil an der brasilianischen Bevölkerung lediglich 55 Prozent beträgt. 77,8 Prozent waren zwischen 15 und 29 Jahre alt. Im Jahr 2019 starben 5 804 Menschen bei Polizeieinsätzen (https://forumseguranca.org.br/wp-content/uploads/2018/06/FBSP_Atlas_da_Violencia_2018_Relatorio.pdf [aufgerufen am 4.2.2021]). Hierdurch sind auch Schwarze Frauen indirekt von dieser Gewalt betroffen, insbesondere in Armut lebende Schwarze Frauen mit Kindern.

⁵ Jede fünfte Frau in Brasilien lässt vor ihrem 40. Geburtstag mindestens einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen (vgl. Diniz u. a. 2017). Das brasilianische Recht kennt nur drei Ausnahmen vom gesetzlichen Verbot des Schwangerschaftsabbruchs: Schwangerschaft als Folge einer Vergewaltigung, Lebensgefahr für die Mutter und fetale Aneuploidie. Die meisten Schwangerschaftsabbrüche werden im Geheimen durchgeführt, was die gesundheitlichen Gefahren weiter erhöht.

⁶ Das brasilianische Wahlsystem kennt nur offene Listen ohne feste Listenplätze. Bis 2009 gab es keine Sanktionen für Parteien, die lediglich 30 Prozent der Listenplätze für Frauen »reservierten«, statt diese Plätze auch tatsächlich mit Kandidatinnen zu besetzen.

nahmen, Gesetzesinitiativen und Gerichtsentscheiden, die unter anderem Geschlechterdiskriminierung in der Arbeitswelt, reproduktive Rechte und Gewalt gegen Frauen und LGBTQI* adressierten.⁷ Gleichzeitig bewirkte eine »horizontale Verbreitung von Diskursen und Praktiken« mehr Sichtbarkeit für feministische Akteur_innen und Anliegen in unterschiedlichen Sphären der brasilianischen Zivilgesellschaft (Alvarez 2014: 17).

Diese neue Sichtbarkeit traf auf aktiven Widerstand konservativ-religiöser politischer Gruppierungen, die auch zum Unterstützungsnetzwerk der PT-Regierung gehörten. Zwar begann das Evangelikale Forum im Nationalkongress seine Kritik immer lauter vorzutragen, aber zunächst behielt die katholische Kirche ihren historisch starken Einfluss. So nutzte die Brasilianische Bischofskonferenz als höchste katholische Instanz im Land während einer Krise rund um Korruptionsvorwürfe im Jahr 2015 ihr politisches Gewicht, um im Gegenzug für ihre Unterstützung der PT die staatliche Befürwortung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch zu hintertreiben (vgl. Zanotta Machado 2016). Nach 2010 schlossen sich dann konservative Evangelikale und Katholik_innen zusammen, um gegen die sogenannte Gender-Ideologie Sturm zu laufen. Gleichzeitig scharten sich auch Landbesitzende, die Polizei und die Schusswaffenlobby in immer größerer Zahl um die konservativ-religiösen Akteur_innen. Es entstand eine informelle Koalition, die landläufig als *Bíblia, Boi e Bala* (»Bibel, Rind und Kugel«) bezeichnet wurde (vgl. Almeida 2017; Biroli 2018, Kap. 4; Cowan 2014; Lacerda 2019). Diese Koalition betrieb mindestens seit 2014 – zwei Jahre vor der Absetzung Dilma Rousseffs – den schrittweisen Abbau von Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter.

⁷ Einige Beispiele hierfür sind Gesetze und Regelungen, die reproduktive Rechte garantieren und die Ausnahmen von der Strafbarkeit für Schwangerschaftsabbrüche festlegen (Technische Handreichungen des Gesundheitsministeriums von 2005 und 2011), die Verabschiedung pädagogischer Leitlinien und Regelungen zur Förderung einer gleichberechtigteren Sozialisation (zum Beispiel die Veröffentlichungen *Brasilien ohne Homophobie* von 2004 und *Frauen und Wissenschaft* von 2005 des Bildungsministeriums beziehungsweise Wissenschaftsministeriums), ein Gesetz zur Konsolidierung des Arbeitsrechts für Hausangestellte (Verfassungszusatz Nr. 72 vom Juni 2015), Gesetze zur Bekämpfung und Kriminalisierung von Gewalt gegen Frauen (das »Maria-da-Penha-Gesetz« Nr. 11.340/2006 und das Femizid-Gesetz Nr. 13.104/2015, Letzteres vom März 2015), die Entscheidungen des Obersten Bundesgerichts (STF) von 2011 zur Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen und von 2012 zur Einführung einer dritten Ausnahme zum Gesetz über das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen (fetale Aneuploidie).

Im Zentrum der Bemühungen um eine Schwächung der PT-Regierung und um ein Amtsenthebungsverfahren gegen Rousseff standen immer wieder Korruptionsvorwürfe⁸, die auch einen wesentlichen Aufhänger für den Aufstieg der politischen Rechten bildeten. Begleitet wurde dies von einem Diskurs, in dem sich die extreme Rechte als die Kraft darstellte, die effektiv gegen Korruption, moralischen Niedergang und Gewalt eintreten würde. Diese Mischung verfiel bei den Wahlen 2018.

Wie war es dazu gekommen? Und wie kam es, dass ausgerechnet Feminismus und Geschlechterpolitik zur bevorzugten Zielscheibe der extremen Rechten wurden?

Nach zahlreichen Basisprotesten weltweit – etwa dem Arabischen Frühling 2010–2012, *Occupy Wall Street* in den USA, den *Indignados* in Spanien, Studierendenprotesten in Chile und Protesten gegen Polizeigewalt in London (alle 2011) – erlebte auch Brasilien im Jahr 2013 eine Protestwelle, in der Tausende Menschen in den Straßen der Großstädte demonstrierten. Begonnen hatten die Proteste mit Demonstrationen gegen den Anstieg der Preise im öffentlichen Nahverkehr in São Paulo, die eine große Bandbreite von Gruppen unterschiedlichster ideologischer Profile zusammenbrachten. Angestachelt durch brasilianische Medienunternehmen, die ein Interesse an einer Schwächung der PT-Regierung hatten, galten sie bald als »Anti-Korruptions-Proteste«.⁹ Bei der darauffolgenden »Operation Waschstraße«¹⁰, die 2014 ins Leben gerufen wurde, kamen eine Reihe von Einzelheiten über die illegale Wahlkampffinanzierung durch Bauunternehmen ans Licht, was die PT in jener Zeit dauerhaft in die Schlagzeilen rückte.

Während dieser Zeit konsolidierten Antikorruptionsbewegung und religiös-konservative Gruppen ihre Bündnisse. Ihre Ablehnung der PT-Regierung gründete sich auf ideologische und wirtschaftliche Ansichten, die jedoch moralisch verbrämt wurden. So erklärten

⁸ Das Amtsenthebungsverfahren wurde schließlich aufgrund von Verstößen gegen die Staatsfinanzen eingeleitet, nicht aufgrund von Korruptionsvorwürfen, für die es nach wie vor keine Beweise gibt.

⁹ Nach den Protesten vom Juni 2013 sanken die Zustimmungswerte für Präsidentin Rousseff von 65 auf 30 Prozent (vgl. Tatagiba/Galvão 2019).

¹⁰ Die *Operação Lava Jato* bestand aus einer Reihe von staatsanwaltschaftlichen und bundespolizeilichen Ermittlungen wegen Geldwäsche und Zweckentfremdung öffentlicher Gelder, die informell durch den Bundesrichter Sérgio Moro koordiniert wurden. Moro wurde in der rechtsextremen Regierung Jair Bolsonaros Minister für Justiz und öffentliche Sicherheit.

viele ihr Votum für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Rousseff zu einem Votum »zur Verteidigung der Familie«. Rousseffs Amtsenthebung bedeutete das Ende früherer Beteiligungsmöglichkeiten sozialer Bewegungen innerhalb des Staates. Die Frauen des Nationalen Rats für Frauenrechte traten am 6.6.2016 geschlossen zurück, womit sie auch für die Bewegungen und Organisationen handelten, die sie vertraten. In ihrem Rücktrittsschreiben verurteilten die Frauen den »Staatsstreich von Parlament, Justiz und Medien« und erklärten ihre Nichtanerkennung der Übergangsregierung. Das bisherige Sondersekretariat für Frauenpolitik bekam seinen Ministeriumsrang aberkannt und sollte jenen erst unter der Regierung Bolsonaro als Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte unter der Führung der Pastorin und Anwältin Damares Alves wiedererlangen. Unter der PT-Regierung hatte das Sondersekretariat feministischen Bewegungen eine Chance geboten, an der Formulierung frauenpolitischer Maßnahmen mitzuwirken. Unter Bolsonaro wurde das Ministerium dagegen zu einem Sammelbecken für antifeministische Akteur_innen, die mit religiös-konservativen Gruppen in Verbindung stehen.

Während des Wahlkampfes 2018 gelang es der extremen Rechten, Feminismus und Mitte-links-Regierung in der Darstellung so miteinander zu verknüpfen, dass Ablehnung der PT und Kritik am Feminismus als zwei Seiten derselben Medaille erschienen. Einer vorgeblich korrupten politischen Elite wurde vorgeworfen, den Staat für ihre eigenen ideologischen Zwecke zu missbrauchen. Die Förderung von Geschlechterperspektiven wurde als einer dieser Zwecke dargestellt. Bolsonaro und die extreme Rechte waren zwar ursprünglich eher in Themenbereichen aktiv gewesen, die nicht von religiös-konservativen Gruppen besetzt worden waren, sprangen aber gern auf den Anti-Gener-Zug auf, um ihre Bündnisse mit diesen Gruppierungen zu stärken.¹¹ So gelang es Bolsonaro auch, die Unterstützung religiöser Wähler_innen zu gewinnen, die bereits in den Kampagnen gegen Schwangerschaftsabbruch und »Gender-Ideologie« engagiert waren.

¹¹ In einer symbolträchtigen Geste ließ sich Bolsonaro, der ursprünglich katholisch war, im Jahr 2016 im Jordan (Israel) von einem brasilianischen Pastor evangelikal taufen.

Obwohl Bolsonaros politische Laufbahn während der demokratischen Periode an Fahrt aufnahm, war sie stets geprägt von wiederholten Verkündigungen seiner Abneigung gegen Demokratie und Menschenrechte. Als ehemaliger Hauptmann der brasilianischen Streitkräfte wurde er 1988 zunächst in den Stadtrat von Rio de Janeiro gewählt, um später für sieben Legislaturperioden in Folge (1991–2018) in die brasilianische Abgeordnetenversammlung einzuziehen. Er durchlief acht verschiedene politische Parteien, zu denen jedoch keine der großen Parteien der demokratischen Periode nach dem Ende der Militärdiktatur in den 1980er Jahren gehörte.

In den 1990er Jahren besetzte er zunächst zwei Themen, die den bei weitem größten Teil seiner Initiativen als Abgeordneter ausmachen: die Rechtfertigung der Diktatur von 1964 und des Militärs sowie die Verteidigung von Polizeigewalt, flexibleren Schusswaffengesetzen und einem schärferen Strafrecht als Antwort auf die hohe Kriminalität im Land. Um die Militärdiktatur und die Urheber_innen von Verbrechen im Namen des Staates unter der Diktatur in ein positives Licht zu rücken, beschwor er immer wieder die angeblichen Gefahren des Kommunismus und bagatellierte Folter sowie Morde an politischen Gegner_innen. Dies steht in direktem Zusammenhang mit seinem zweiten Schwerpunktthema: Er vertrat die Aushöhlung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit gegen »Verbrecher_innen« – bis hin zu deren Tötung – als gerechtfertigt, um die »Guten« zu schützen.

Nach 2010 erregte ein drittes Thema Bolsonaros Aufmerksamkeit: die Menschenrechte, insbesondere Rechte auf sexuelle Selbstbestimmung. Nach 2013 brachte er mehrere Gesetzesvorschläge und Regierungsanfragen ein, die auf die Aussetzung der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und Akzeptanz sexueller Vielfalt durch die Bundesregierung abzielten – insbesondere insoweit, als sich solche Initiativen auf den Bildungssektor richteten. Bevorzugte Zielscheibe waren pädagogische Inhalte zur Bekämpfung von Homophobie sowie zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und Akzeptanz von Geschlechteridentitäten, gleichgeschlechtlicher Ehe und Regenbogenfamilien.

Im Jahr 2010 begannen rechtsgerichtete Politiker_innen damit, die Initiativen der PT-Regierung zur Bekämpfung von Homophobie als »Frühsexualisierung von Kindern durch Verbreitung obszönen Materials« zu bezeichnen. Bolsonaro benannte das Material auch

abfällig als »den Schwulenkoffer«. Er nutzte diese Strategie ebenso während seines Präsidentschaftswahlkampfes 2018, dessen Tonalität das gegenwärtige Selbstverständnis der extremen Rechten in Brasilien maßgeblich prägte.

Gleichfalls 2010 sprach er sich gegen einen Gesetzesentwurf aus, nach dem Kinder das Recht haben sollten, »frei von körperlichen Strafen und gewalttätiger sowie herabwürdigender Behandlung« aufzuwachsen (Gesetzesentwurf 7672/2010). Seine Kritik rechtfertigte er mit den Worten: »Wenn Ihr Sohn sich ein bisschen schwul verhält, dann vermöbeln Sie ihn einmal richtig, und dann ändert sich das schon.«¹² Außerdem verteidigte er das Recht der Eltern, ihre Kinder so zu erziehen, wie sie wollten: Der Staat sollte ihnen keine Schulhalte »aufdrängen«, die mit dem Glauben der Eltern im Widerspruch stünden.

Unter dem Hashtag #ConMisHijosNoTeMetas (»Hände weg von meinen Kindern«) fand dieser Ansatz in ganz Lateinamerika Verbreitung. Jene Bewegung war 2016 in Peru entstanden (Biroli 2020); ihre prominenteste Fürsprecherin in Brasilien war die *Escola Sem Partido* (»Schule ohne Partei«). Diese Initiative, die 2004 gegründet worden war und sich ursprünglich gegen das wandte, was die Gründer_innen für eine Hegemonie linken und marxistischen Denkens in Lehrer_innenkollegien hielten, tat sich nach 2014 mit religiösen Konservativen zusammen, um gegen geschlechtsbezogene Rechte zu agitieren. Seitdem ist sie stets vorn dabei, wenn es darum geht, auf nationaler, bundesstaatlicher oder kommunaler Ebene Gesetzesvorschläge einzubringen, um jegliche politische Debatte und Kritik, Sexualerziehung sowie die Erwähnung des Worts »Geschlecht« in Brasiliens Schulen zu verbieten. Im Jahr 2018 unterstützte sie Bolsonaros Kandidatur und nahm in der Folge bedeutenden Einfluss auf die Regierungspolitik im Bildungsbereich. Gleichzeitig gelang es der extremen Rechten durch diskursive Verbindung der PT mit dem Feminismus, den Widerstand gegen eine »Gender-Ideologie« als Denkraum für den Wahlkampf zu etablieren und es dann so darzustellen, als sei das die Meinung der Mehrheit des Wahlvolks.

¹² <https://www.camara.leg.br/noticias/144388-comissao-vai-debater-declaracao-de-bolsonaro-sobre-punicao-a-filho-gay/> (aufgerufen am 13.5.2020). Das vollständige Zitat lautet im portugiesischen Original wie folgt: »se o filho começa a ficar assim meio gayzinho, leva um couro e ele muda o comportamento dele“

II. Frauen, rechtsgerichtete Politik und die extreme Rechte

Zu den Präsidentschaftswahlen 2018 war Bolsonaro für eine kleine Partei angetreten: die PSL (Sozialliberale Partei). Der Vorstand dieser Partei bestand zu jener Zeit aus sieben Männern und einer Frau – der Generalsekretärin. Die Rechtsanwältin und Polizeibeamtin stammt aus einer Politikerfamilie; mittlerweile (2020) bekleidet ihr Mann das Amt. Nach wie vor sitzt mit der Schatzmeisterin lediglich eine Frau im Parteivorstand.

Die PSL hatte in den 20 Jahren ihres Bestehens nie mehr als einen Abgeordneten im Parlament. Das ist wichtig, denn es zeigt, dass der Aufstieg der extremen Rechten ins Zentrum der Macht keine Frage des politischen Systems Brasiliens ist. Aus institutioneller Perspektive oder mit historischem Wahlverhalten lässt sich die Wahl Bolsonaros also nicht erklären.

Der Beitritt zur PSL gab Bolsonaro und seinen Söhnen die Gelegenheit, die Partei für seine Wahl zu instrumentalisieren.¹³ Dank des darauffolgenden »Bolsonaro-Effekts« kam die Partei 2018 auf 52 Abgeordnete und lag damit nur noch hinter der PT mit 56.¹⁴ Neun dieser Abgeordneten (17 Prozent) waren Frauen – ein leicht höherer Anteil als der der Frauen insgesamt, die in jenem Jahr in die Abgeordnetenversammlung gewählt wurden (15 Prozent).¹⁵ Die meisten PSL-Abgeordneten

¹³ Kurze Zeit später, im November 2019, verließ Bolsonaro die PSL und kündigte die Gründung einer neuen Partei namens »Allianz für Brasilien« an. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Studie im September 2020 war diese Partei noch nicht registriert, so dass Bolsonaro nach wie vor ein Präsident ohne Partei ist.

¹⁴ In Brasilien finden Präsidentschaftswahlen alle vier Jahre statt und fallen zusammen mit den Wahlen zu den beiden Kammern des Parlaments (Abgeordnetenversammlung und Senat) und den bundesstaatlichen Versammlungen sowie den Gouverneurswahlen. Kommunalwahlen finden ebenfalls alle vier Jahre jeweils zwischen den nationalen und bundesstaatlichen Wahlen statt, so dass sich Brasilien alle zwei Jahre im Wahlkampf befindet. Das Wahlsystem Brasiliens kennt ein Mehrheitswahlrecht für Exekutivpositionen und Senator_innen und ein Verhältniswahlrecht für Abgeordnete auf nationaler wie bundesweiter Ebene sowie für Stadträte_innen. Im zweiten Fall können Wähler_innen aus offenen Parteilisten wählen; die Listenplätze sind nicht fest vergeben. Seit 1997 legt ein Quotengesetz fest, dass mindestens 30 Prozent der Listenplätze für Frauen zu reservieren sind, aber erst seit 2009 sind die Parteien tatsächlich verpflichtet, die reservierten Plätze auch zu besetzen. Nach einer Entscheidung des Obersten Wahlgerichts von 2011 können Parteien bei Verstößen jetzt bestraft werden.

¹⁵ Im linken politischen Spektrum erzielte die PT die meisten Sitze und schickte auch die meisten Frauen ins Parlament (zehn, das heißt 17,8 Prozent von 56). In der linken Mitte hat die Fraktion der PSDB den größten Frauenanteil (acht, das heißt 27 Prozent von 29). Zwei linke Fraktionen, die PSOL und die PCdoB, haben mit einer numerischen Parität (fünf von zehn beziehungsweise vier von neun) die größten Frauenanteile aller Fraktionen. Von den gewählten Frauen zählt etwa ein Drittel zu Bolsonaros Unterstützerinnen, ein Drittel war gegen seine Kandidatur und ein weiteres Drittel erklärte sich für neutral (vgl. <http://www.generonumero.media/com-bolsonaro-presidente-bancada-feminina-eleita-para-o-congresso-reflete-polarizacao-politica-expressa-nas-urnas/> (aufgerufen am 18.3.2021)).

sind ehemalige Militärs und Polizist_innen.¹⁶ Die gegenwärtige Regierung hat den höchsten Anteil an Militär seit dem Ende der Diktatur; dazu gehören der Vizepräsident sowie acht der 22 Minister_innen.

Als Bolsonaro Präsidentschaftskandidat wurde, rückten auch Geschlechterfragen in den Fokus des Parteiprogramms. Obwohl eine konservative Opposition gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch schon länger Teil der landesweiten Debatte und auch der Wahlkämpfe 2010 und 2014 gewesen war, kamen 2018 zum ersten Mal explizit und ganz allgemein ›Anti-Gender‹- und antifeministische Ansätze zum Tragen. Während dieser Zeit kündigte die PSL an, den »Kampf gegen die Verteidigung der Gender-Ideologie«, die »Frühsexualisierung von Kindern« und »die Zensur, die Beschränkung sowie das moralische und gesellschaftliche Ungleichgewicht als Ergebnis eines Diskurses der ›politischen Korrektheit‹« in ihr Programm aufzunehmen. Außerdem wandte man sich gegen jede Art von »Quotenregelung, die die Menschen nach Geschlecht, sexueller Orientierung, Hautfarbe, ethnischer Zugehörigkeit oder Religion trennt«. Gegen Vielfalt und Chancengleichheit führte man das Prinzip des freien Markts ins Feld. Gleichzeitig verschrieb sich die Partei den Interessen der Polizei und des Militärs, richtete den Fokus auf öffentliche Sicherheit und die Sicherung nationaler Grenzen und setzte sich für die Erweiterung des Rechts auf Schusswaffenbesitz ein.¹⁷

Die Vermengung von moralischem Konservatismus, wirtschaftlichem Neoliberalismus und Militarismus war in Brasilien bis vor kurzem noch keine Selbstverständlichkeit.¹⁸ Bolsonaro's Regierung übernahm diesen Denkrahmen nach der Wahl, um den Kampf gegen »Kulturmarxismus«

¹⁶ Bolsonaro's erfolgreiche Rehabilitierungsversuche halfen dabei, die Anzahl ehemaliger Militärs in der Abgeordnetenversammlung und in den bundesstaatlichen Versammlungen im ganzen Land zu erhöhen (vgl. <https://www.nexojornal.com.br/grafico/2018/10/31/A-expans%C3%A3o-dos-militares-e-policiais-entre-os-pol%C3%ADticos-eleitos> [aufgerufen am 4.2.2021]). Frauen bilden 8,7 Prozent des Militärs in Brasilien. Bislang erreichte erst eine Frau den höchsten militärischen Dienstgrad der Generalin (vgl. <https://piaui.folha.uol.com.br/lupa/2018/03/18/sobreelas-mulher-forcas-armadas/> [aufgerufen am 27.5.2020]). Alle Minister mit militärischem Hintergrund, die Bolsonaro ernannt hat, sind Männer.

¹⁷ Vgl. https://psl.org.br/?page_id=27 (aufgerufen am 27.5.2020).

¹⁸ Zu diesem Dreiklang kommt noch die Unterstützung der Landbesitzerschicht. Hier liegt ein Schlüssel zum geplanten Abbau umweltpolitischer Maßnahmen und zur Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Klimawandel. Eine allgemeine Wissenschaftsfeindlichkeit gehört zu den kennzeichnenden Merkmalen gegenwärtiger rechtsextremer Politik in Brasilien. Die Covid-19-Pandemie im Jahr 2020 förderte die schädlichen Auswirkungen dieser Haltung klar zutage.

und »Gender-Ideologie« zu beschwören, während er gleichzeitig den Einfluss »ausländischer Interessen« geißelte, der angeblich durch die Vereinten Nationen ausgeübt würde. Bei seiner Rede zum Amtsantritt am 1.1.2019 sprach er davon, dass er »die Menschen zusammenbringen, die Familie wertschätzen, die Religionen und unser jüdisch-christliches Erbe achten, die Gender-Ideologie bekämpfen und unsere Werte bewahren« wolle. Brasilien solle wieder zu einem Land werden, das »frei von Ideologien« sei.¹⁹ Zum ersten Mal seit Beginn der Demokratisierung in den 1980er Jahren wurden weder Armut noch Ungleichheit in einer Amtsantrittsrede als Anliegen der neuen Regierung erwähnt. ›Moral‹ bildete dagegen einen deutlichen Schwerpunkt. Mindestens drei Ministerien der Regierung Bolsonaro's widmen sich der Bekämpfung von ›Gender-Ideologie‹: das Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte, das Bildungsministerium und das Außenministerium. Ersteres steht unter der Leitung der evangelikalen Pastorin Damares Alves, eine der führenden Figuren im Backlash gegen Geschlechtergerechtigkeit und sexuelle Vielfalt sowie erklärte Gegnerin des Feminismus. Im Jahr 2019 nahm die Regierung die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten Nationen aus der politischen Planung für 2020–2023 heraus, mit der Begründung, man müsse »die schädliche Gender-Ideologie« eliminieren.

Bolsonaro's Regierung ist eine gewählte autoritäre Regierung, die die relativ stabile Unterstützung von etwa einem Drittel der Bevölkerung genießt.²⁰ Unter (insbesondere Weißen) Männern und der religiösen (insbesondere evangelikalen) Bevölkerung ist diese Unterstützung am größten. Zudem gibt es regionale Unterschiede im Wahlverhalten wie auch in der Zustimmung zu Bolsonaro's Regierungsführung. Im Süden ist die Zustimmung am größten, im Nordosten am

¹⁹ Die gesamte Rede ist abrufbar unter <http://www.itamaraty.gov.br/pt-BR/discursos-artigos-e-entrevistas-categoria/presidente-da-republica-federativa-do-brasil-discursos/19887-discurso-do-presidente-da-republica-jair-bolsonaro-durante-cerimonia-de-posse-no-congresso-nacional-brasilia-1-de-janeiro-de-2019> (aufgerufen am 14.5.2020).

²⁰ Diese Angabe stützt sich auf Meinungsumfragen verschiedener Institute im Zeitraum zwischen Anfang 2019 und Mai 2020. Die Effekte der Covid-19-Pandemie, in der ein schwaches und fehlgeleitetes Krisenmanagement der Bundesregierung mit einer hohen Arbeitslosigkeit zusammenfiel, könnten sich auf diese Verhältnisse auswirken. Gleichzeitig wendet sich die Regierung zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Studie öffentlich mit eindeutig autoritären Angriffen gegen die anderen beiden staatlichen Gewalten (Nationalkongress und Oberstes Bundesgericht) und unterstützt Proteste, die eine Militärregierung fordern.

geringsten. Letzterer hatte unter der PT-Regierung eine Verbesserung der Entwicklungsindizes und der persönlichen Entwicklungschancen erlebt. In dieser Region lebten auch die meisten Empfänger_innen von Familienunterstützung (›*Bolsa Família*‹), die die PT-Regierung nach 2003 als bisher größtes finanzielles Unterstützungsprogramm eingeführt hatte. Das Programm richtete sich an Familien mit Kindern, sofern jene die Schule besuchen, und die Mittel wurden ausschließlich an Frauen ausgezahlt.

Von Anfang an zeigten die Meinungsumfragen, dass die Ablehnung Bolsonaro's unter Frauen größer war als unter Männern. Im Dezember 2019 – also nach einem Jahr im Amt – gaben 35 Prozent der Männer und 26 Prozent der Frauen an, die Arbeit der Regierung »sehr gut« oder »gut« zu finden. Hingegen fanden 32 Prozent der Männer und 41 Prozent der Frauen die Arbeit »schlecht« oder »sehr schlecht«; neutral waren 33 Prozent der Männer und 31 Prozent der Frauen.²¹

In diesem Zusammenhang ist wichtig, sich genau anzuschauen, wer die Frauen sind, die für die extreme Rechte Bolsonaro's stimmten – und warum sie es taten.

Meinungsumfragen, die direkt vor dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen durchgeführt wurden, zeigten, dass 55 Prozent der Männer und 41 Prozent der Frauen beabsichtigten, Jair Bolsonaro zu wählen.²² Frauen gaben als wichtigste Gründe ihren Wunsch nach Veränderung an, da Bolsonaro als von der Parteipolitik unbeeinflusst galt, und ihre Ablehnung der Partei der Arbeiter (PT), die sie für korrupt hielten. Diese Gründe wurden von 56 Prozent der Frauen und 54 Prozent der Männer geäußert.²³ Sie wurden häufiger von Menschen mit mittleren und höheren Bildungsabschlüssen und höherem Einkommen genannt. Außerdem war die Unterstützung für Bolsonaro unter Weißen (60 Prozent) größer als unter Schwarzen (47 Prozent).²⁴

²¹ DataFolha, Avaliação do Presidente Jair Bolsonaro, 5.–6.12.2019; vgl. <http://media.folha.uol.com.br/datafolha/2019/12/23/57102c2d2b4f095adb9c95cb335c7066abc.pdf> (aufgerufen am 4.6.2020).

²² DataFolha, Eleições 2018, 26.–27.10.2018; vgl. <http://media.folha.uol.com.br/datafolha/2018/10/28/b469d4556e176c907bad8986ccc459cd.pdf> (aufgerufen am 4.6.2020).

²³ DataFolha, Eleições 2018, 17.–18.10.2018; vgl. <http://media.folha.uol.com.br/datafolha/2018/10/22/86573009cfde5a6de64bd00cc1bd94a3.pdf> (aufgerufen am 15.10.2020).

²⁴ Ibope Inteligência, Pesquisa de Opinião JOB0011-10, Oktober 2018; vgl. https://www.ibopeinteligencia.com/arquivos/IOB_0011-10_BRASIL%20-%20Relat%C3%B3rio%20de%20tabelas.pdf (aufgerufen am 8.9.2020).

Ein bedeutender unterscheidender Faktor ist die Religionszugehörigkeit. Hier zeigt sich besonders gut, wer die extreme Rechte unterstützt und dass vermutlich ein Zusammenhang zwischen konservativen Kirchen und der antifeministischen Rhetorik Bolsonaro's seit 2018 besteht.

Das religiöse Profil der brasilianischen Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Die Dominanz des Katholizismus ist einem größeren evangelikalen Einfluss gewichen. 1980 waren noch 89 Prozent der Bevölkerung katholisch und 6,6 Prozent evangelikal. 2010 – also 30 Jahre später – waren nur noch 65 Prozent katholisch und 22,4 Prozent evangelikal.²⁵ Neuere Daten (50 Prozent katholisch, 31 Prozent evangelikal) bestätigen eine Fortsetzung dieses Trends.²⁶ 58 Prozent der Evangelikalen sind Frauen – 69 Prozent, wenn man nur die neopentekostalen Kirchen zählt.²⁷

Die Anzahl evangelikaler Mitglieder der Abgeordnetenversammlung hat sich seit den 1980er Jahren fast verdreifacht (1986: 33; 2018: 84). Die aktivsten unter ihnen sind erklärte Gegner_innen reproduktiver und sexueller Rechte und stellen ihre antifeministische Position als Verteidigung traditioneller Familienwerte dar. Aus diesen Reihen kamen im letzten Jahrzehnt mehrere Gesetzesvorschläge, die sich gegen die Rechte von Frauen und LGBTQI* richteten – insbesondere Schwangerschaftsabbruch, gleichgeschlechtliche Ehe, Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare und Rechte in Bezug auf Geschlechteridentität. Außerdem befinden sich evangelikale Abgeordnete sowohl im Nationalkongress als auch in den bundesstaatlichen Versammlungen an vorderster Front im Kampf gegen die sogenannte ›Gender-Ideologie‹ (vgl. Machado 2017).²⁸ Unter den 77 Frauen, die 2018 ins Parlament

²⁵ Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística (IBGE), Volkszählung 2010; vgl. https://censo2010.ibge.gov.br/apps/atlas/pdf/Pag_203_Religi%C3%A3o_Evang_miss%C3%A3o_Evang_pentecostal_Evang_nao%20determinada_Diversidade%20cultural.pdf (aufgerufen am 8.9.2020).

²⁶ Die verbleibenden 19 Prozent teilen sich auf zwischen Konfessionslosen (zehn Prozent), Atheist_innen (ein Prozent), Spiritist_innen (drei Prozent), Umbanda (zwei Prozent) und Jüd_innen (0,3 Prozent).

²⁷ Vgl. <https://www1.folha.uol.com.br/poder/2020/01/cara-tipica-do-evangelico-brasileiro-e-feminina-e-negra-aponta-datafolha.shtml> (aufgerufen am 8.9.2020).

²⁸ Die politikwissenschaftlichen Dissertationen und Master-Abschlussarbeiten von Rayani Mariano, Raniery Parra, Daniel Jacó und João Victor Martins, die unter meiner Betreuung an der Universität Brasília entstanden sind, enthalten Daten, die dies bestätigen.

gewählt wurden, sind derzeit 28 Mitglieder der Evangelikalen Parlamentarischen Front (einer Arbeitsgruppe evangelikaler Mitglieder der Abgeordnetenversammlung); 25 sind Mitglieder der Parlamentarischen Front zur Verteidigung von Leben und Familie.

Evangelikale Wähler_innen haben Bolsonaro maßgeblich ins Amt verholfen. Unmittelbar vor dem zweiten Wahlgang gaben 46 Prozent der Katholik_innen an, Bolsonaro zu wählen – und 61 Prozent der Evangelikalen. Der Leiter eines der größten brasilianischen Umfrageinstitute schrieb, dass in Armut lebende evangelikale Frauen für Bolsonaro »wahlentscheidend« waren, da Bolsonaro ihre Unterstützung (die auch als Votum gegen die Anti-Bolsonaro-Demonstrationen von Frauen zu verstehen ist) erst in letzter Minute gewann.²⁹ Dieses Umschwenken fiel zusammen mit der Erklärung der Unterstützung für Bolsonaros Kandidatur durch die Führungen der größten evangelikalen Kirchen des Landes.

Ein Jahr nach Bolsonaros Amtsantritt war die Unterstützung für seine Amtsführung in dieser Gruppe nach wie vor groß – größer als unter katholischen und nicht religiösen Wähler_innen. Während 30 Prozent der Wähler_innen insgesamt der Regierung ein »sehr gutes« oder »gutes« Zeugnis ausstellten, lag diese Zahl unter den Evangelikalen bei 36 Prozent, unter den Katholik_innen bei 29 Prozent und unter den Nichtreligiösen bei 20 Prozent. Als »schlecht« oder »sehr schlecht« bezeichneten 36 Prozent aller Wähler_innen die Arbeit der Regierung; dieser Prozentsatz lag unter den Evangelikalen bei 27 Prozent, während er bei den Katholik_innen 38 Prozent und bei den Nichtreligiösen 50 Prozent ausmachte.³⁰

Gemäß dem seit 2010 erhobenen Brasilianischen Konservatismus-Index sind Männer konservativer als Frauen und Evangelikale konservativer als Katholik_innen sowie andere Bevölkerungsgruppen. Zwischen 2010 und 2016 nahmen konservative Einstellungen in moralischen Fragen mit einer sinkenden Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen und gleichgeschlechtlicher

Ehe in Brasilien eher ab, in Fragen rund um das Strafrecht mit einer steigenden Zustimmung zur Todesstrafe, zur Senkung des Strafmündigkeitsalters und zu mehr lebenslangen Strafen für schwere Verbrechen hingegen eher zu. 2018 zeichnete sich jedoch auch ein Wiedererstarken des moralischen Konservatismus ab. Während der Zeit des stärksten Aufstiegs der extremen Rechten nahmen konservative Einstellungen sowohl bei Männern als auch bei Frauen leicht zu. 2018 lehnten etwas mehr Frauen als Männer die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ab, waren aber positiver gegenüber der gleichgeschlechtlichen Ehe eingestellt (42 Prozent der Frauen, 35 Prozent der Männer).³¹

Eine auf Tiefeninterviews basierende qualitative Studie legt nahe, dass die Befragten einen sehr starken Wunsch nach »Ordnung« verspürten. Den Zusammenhang zwischen Politik und Privatsphäre stellten sie über die Vorstellung eines allgemeinen moralischen Niedergangs her. Korruption, Gewalt, mangelnde Disziplin und mangelnder Respekt vor dem Alter wurden hier ebenso genannt wie die Auffassung, dass die Familie »wieder« eine zentrale Rolle in der moralischen Erziehung und Sexualerziehung von Kindern spielen und der Einfluss der Schulen zurückgedrängt werden sollte (vgl. Fundação Tide Setubal 2019). Dies ist das allgemeine Bild, das die Studie wiedergibt, aber sie bietet auch interessante Hinweise auf Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Wenn es um Familienwerte geht, nennen Männer vorrangig den Verlust von Hierarchien, während Frauen die Schwierigkeit der Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbsarbeit anführen. Im Bereich Gender-/LGBTQI*-Themen zeigten sich Männer unangenehm von weiblicher Unabhängigkeit und männlicher Homosexualität berührt, während bei Frauen eine steigende Empathie für LGBTQI* zu beobachten ist. Auch beim Thema Verbrechen und mangelnde Sicherheit gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede: Männer befürworteten in diesem Zusammenhang eine Verschärfung des Strafrechts und eine Heraufsetzung von Strafmaßen, während Frauen angaben, sich allein auf der Straße zu fürchten und Angst um die Sicherheit ihrer Kinder zu haben.

²⁹ Marcos Coimbra: mulheres evangélicas pobres definiram vitória de Bolsonaro; vgl. <https://www.brasil247.com/poder/marcos-coimbra-mulheres-evangelicas-pobres-definiram-vitoria-de-bolsonaro> (aufgerufen am 8.9.2020).

³⁰ Daten aus den Umfragen von DataFolha; vgl. den Abschnitt über Geschlechterunterschiede in der Unterstützung der extremen Rechten in dieser Studie.

³¹ Ibope, Índice de Conservadorismo 2018; vgl. <https://www.ibopeinteligencia.com/noticias-e-pesquisas/crece-o-grau-de-conservadorismo-do-brasileiro-em-alguns-temas/> (aufgerufen am 8.9.2020).

Die Datenlage weist darauf hin, dass auch Ablehnung der PT ein entscheidender Faktor ist. Die Verteidigung einer familienzentrierten Ordnung, die Ablehnung reproduktiver und sexueller Rechte und ein Ansatz von »Recht und Ordnung« bei der Bekämpfung von Unsicherheit und Gewalt spielen in der längerfristigen Perspektive eine wichtige Rolle. Die erwähnte Studie, die mehr als reine Zustimmung oder Ablehnung in den jeweiligen Themenbereichen misst, legt jedoch nahe, dass sich Frauen und Männer bei ihrer Bewertung von Geschlechtergerechtigkeit und ihrer Wahrnehmung von Gewalt unterscheiden.

Rechtsgerichtete Politikerinnen, insbesondere diejenigen, die im Rahmen des Bolsonaro-Effekts und der Anti-PT-Stimmung gewählt wurden, zeigen eine eindeutige Übereinstimmung mit den konservativsten Positionen.

Von den derzeit 77 weiblichen Mitgliedern der Abgeordnetenversammlung haben 22 im zweiten Wahlgang die Kandidatur Bolsonaros unterstützt. Wie erwähnt, sind 25 weibliche Abgeordnete Mitglied der Parlamentarischen Front zur Verteidigung von Leben und Familie. Dies belegt einmal mehr, dass Religion für das Wahlverhalten eine bedeutende Rolle spielt.

Alle neun Frauen, die für Bolsonaros PSL in das Parlament einzogen, haben zum ersten Mal ein politisches Mandat erhalten. Ihre Kandidaturen ergaben sich aus dem politischen Engagement gegen Korruption und für die Amtsenthebung von Dilma Rousseff. Alle neun sind (katholische oder evangelikale) Christinnen; keine identifiziert sich als Feministin – im Gegenteil: Die meisten distanzieren sich vom Feminismus oder erklären sogar ihre Verachtung für ihn. In Interviews wie auch in den sozialen Medien positionieren sie sich gegen Schwangerschaftsabbrüche und für »Leben und Familie«. Die meisten (sieben von neun) haben bereits Gesetzentwürfe gegen Schwangerschaftsabbrüche, gegen Transgender-Rechte und für ein Verbot von »Gender-Ideologie«, Sexualerziehung und kritische Diskussionen über Politik und soziale Gerechtigkeit in der Schule mitgezeichnet. Unter allen 2018 gewählten weiblichen Abgeordneten befinden sich nur zwei, die Gesetzentwürfe gegen die oben genannten Rechte vorgelegt haben und nicht für die PSL gewählt worden waren: eine aus einer anderen, kleineren rechten Partei, die sich im Wahlkampf mit Bolsonaro verbündet hatte, und eine Pastorin einer neopentekostalen Kirche, die Mitglied einer zentristischen Partei ist.

Die Beteiligung von Frauen an der Bundesregierung bedarf ebenfalls einer genaueren Betrachtung. Bolsonaro hat in sein 22-köpfiges Kabinett zwei Frauen berufen. Eine von ihnen ist die Landwirtschaftsministerin. Sie ist Politikerin und Unternehmerin und steht mit den Interessen der Landbesitzenden und der sogenannten Agrounternehmen in Verbindung. Die andere wurde bereits weiter oben erwähnt: Damares Alves, evangelikale Pastorin und Anwältin. Bevor Bolsonaro sie zur Ministerin für Frauen, Familie und Menschenrechte ernannte, war sie Beraterin der Evangelikalen Parlamentarischen Front in der Abgeordnetenversammlung. Zudem ist sie erfahrene Lobbyistin gegen geschlechtsspezifische Rechte und engagierte sich für christliche Organisationen, die auf indigene Gemeinschaften abzielten. Seit Beginn der Regierungszeit ist sie die Galionsfigur der Rechtsextremen im Kampf gegen Feminismus und Genderpolitik. Ihr oft wiederholtes Mantra lautet: »Der Staat ist weltlich, aber diese Ministerin ist strenggläubige Christin!« Bei öffentlichen Anlässen erklärte sie schon öfter, dass Mädchen Rosa und Jungen Blau tragen sollten und dass Frauen am liebsten zu Hause bleiben und sich um die Kinder und Ehemänner kümmern würden. Im August 2020 versuchte sie zu verhindern, dass ein zehnjähriges Mädchen nach jahrelangen Vergewaltigungen durch ein Familienmitglied einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen durfte, obwohl das brasilianische Recht einen Schwangerschaftsabbruch nach einer Vergewaltigung und bei Lebensgefahr für die Frau explizit erlaubt. Die Leitung ihres Ministeriums besteht aus konservativen evangelikalen Frauen und Männern, aber auch aus einer katholischen Anwältin, deren Vater ein bekannter konservativer Jurist, Mitglied des katholischen *Opus Dei* sowie Autor von Schriften gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ist.

Das Ministerium schaffte die Gleichstellungspolitik des vorhergehenden Sondersekretariats für Frauen (2003–2016) faktisch ab. Zahlreiche Maßnahmen wurden in der Zwischenzeit »familienorientiert« neu formuliert – insbesondere dort, wo es um häusliche Gewalt geht. Von großer symbolischer Bedeutung ist dabei, dass es konservative Frauen sind, die im Zentrum der antifeministischen Politik der Regierung stehen.

Das religiöse Feld ist heterogen. Das gilt auch für die Evangelikalen (vgl. Almeida 2017). In Brasilien

haben sich führende konservative Evangelikale in den letzten Jahrzehnten an die Spitze des Kampfs gegen Geschlechterrechte gesetzt und genau damit politische Beteiligungsmöglichkeiten für konservative Frauen eröffnet. Die extreme Rechte hat sich um Frauen sowohl als Wählerinnen wie auch als Unterstützerinnen bemüht. Laut Machado (2005) hat ebenso die Struktur der Pfingstkirchen mit ihrer Betonung der moralischen Autorität von Frauen eine Entwicklung begünstigt, in der Frauen sich im öffentlichen Raum stärker beteiligen und auch politische Karrieren verwirklichen könnten. Hier hat eine selektive Aneignung feministischer Werte stattgefunden: Freilich, so Machado, können sich Frauen die diskursiven und symbolischen Ressourcen der feministischen Bewegung auf unterschiedliche Weise aneignen – und sei es mit dem Ziel, diese Ressourcen gegen den Feminismus selbst zu wenden. Dies ist etwa der Fall, wenn Polizistinnen im Wahlkampf einerseits auf ihre Stärke und ihre gleichwertigen Fähigkeiten im Umgang mit Herausforderungen verweisen und andererseits ihre Ablehnung des Feminismus kundtun. Für feministische und andere progressive Akteur_innen ist es wichtig, nachzuvollziehen, wo die Trennlinien verlaufen, welche Werte und Ideologien von kirchlichen Amtsträger_innen aktiviert werden und aus welchen verschiedenen Gründen ein signifikanter Teil der Frauen eine rechtsgerichtete Politik als Wählerinnen zumindest teilweise unterstützt oder gar als Politikerinnen mitgestaltet.

III. Gegenbewegungen und Strategien

Die extreme Rechte, die in den vergangenen Jahren ihren Einfluss in der brasilianischen Politik und Gesellschaft ausgedehnt hat, stellt den Feminismus als »unmoralisch« dar. Dennoch gelang es feministischen Bewegungen, die Frauenfeindlichkeit Bolsonaros und der extremen Rechten öffentlich zu exponieren. Die gewaltdurchsetzte Sprache und die militärischen Anklänge des Wahlkampfes 2018 erklären zu einem großen Teil, warum Bolsonaros Kandidatur bei Wähler_innen (darunter insbesondere Frauen) der ärmsten Bevölkerungsschichten auf größere Ablehnung stieß als in anderen Schichten. Eine Politik von »Recht und Ordnung«, die manchen als Schutz gilt, kann in einem von Ungleichheiten geprägten Land auch Einschränkungen der Rechte anderer bedeuten.

Die größten gesellschaftlichen Proteste gegen Bolsonaros Kandidatur fanden 2018 unter dem Hashtag #EleNão statt. Organisiert durch die sozialen Medien, ging diese Bewegung zwar nicht auf die bekannten feministischen Organisationen des Landes zurück, aber jene begannen bald, sie zu unterstützen. Ferner schlossen sich Gewerkschaften, der gewerkschaftliche Dachverband CUT, Menschenrechtsorganisationen sowie linksgerichtete Parteien an. Die aktive Unterstützung von Prominenten, die Videobotschaften aufzeichneten und an Protesten teilnahmen, half der Bewegung zusätzlich dabei, Verbreitung zu finden. Diese parteienübergreifende Initiative stellte traditionelle Gegenüberstellungen von Wahlkämpfen infrage. Es ging nicht mehr um rechts oder links, sondern um Autoritarismus oder Demokratie – beziehungsweise Barbarei oder Zivilisation. Autoritarismus, Militarisierung, Gewalt und Hass wurden dabei mit Frauenfeindlichkeit, Homophobie und der Geringschätzung des Lebens von Frauen in Verbindung gebracht.

Seit Dilma Rousseff 2016 ihres Amtes enthoben worden war, kommunizierten brasilianische Feministinnen ihre Ziele als Kampf für Frauen- und Geschlechterrechte, aber auch als Kampf um die Demokratie allgemein. Während der Kommunalwahlen 2016 und der bundesstaatlichen und landesweiten Wahlen 2018 kam es vermehrt zu Initiativen, die Kandidaturen von Frauen unterstützten, wobei sich einige Kampagnen spezifisch auf die Unterstützung feministischer und antirassistischer Kandidatinnen fokussierten. Zusammen mit der bereits erwähnten stärkeren Präsenz von Feministinnen in der brasilianischen Öffentlichkeit können diese Faktoren erklären, wie parallel zum Aufstieg der extremen Rechten auch zahlreiche junge Feministinnen in Stadträte und Parlamente gewählt wurden. Diese Frauen sind zwar noch deutlich in der Minderheit, aber sie bilden eine aktive Stimme für geschlechtsspezifische Rechte und suchen die Zusammenarbeit mit erfahreneren Politiker_innen, die sich für Frauen- und LGBTQI*-Rechte einsetzen. Als Vertreterinnen linker Parteien verbinden sie dabei wirtschaftliche mit moralischen/ethischen Fragen, Arbeitsrechten sowie sexuellen und reproduktiven Rechten.

Mindestens vier Aspekte des gegenwärtigen politischen Gleichgewichts in Brasilien sind zu bedenken, wenn man die derzeitige Lage verstehen will. Erstens

ist die Regierung in Brasilien immer von Koalitionen und Bündnissen im Kongress abhängig, um regierungsfähig zu bleiben. Mit 24 derzeit im Kongress vertretenen Parteien ist die Parteienlandschaft stark fragmentiert, was besondere Schwierigkeiten mit sich bringt. Dass der Kongress zurzeit stark konservativ geprägt ist und die Mehrheit der Abgeordneten den zentristischen und rechten Parteien zuzurechnen ist, bedeutet noch nicht, dass diese Abgeordneten auch die rechtsextreme Regierung Bolsonaros unterstützen. Als Unterstützerinnen der ultraliberalen Agenda des Wahlkampfes 2018 sind diese Parteien den Regierungsinitiativen zum Abbau von Arbeits- und sozialen Rechten (insbesondere dem Abbau sozialer Sicherungssysteme) zumindest teilweise gefolgt; Freiheit des individuellen Ausdrucks und geschlechtsspezifische Rechte sind dagegen bislang nicht signifikant beschnitten worden.

Im Bereich der Judikative kommen zweitens Expert_innen zu unterschiedlichen Schlüssen für geschlechtsbezogene und reproduktive Rechte. Jüngere Entscheidungen des Obersten Bundesgerichts (STF) zeigen, dass Rechte in Bezug auf sexuelle Identität tendenziell anders bewertet werden als reproduktive Rechte. Im Juni 2019 entschied das Gericht, Homo- und Transfeindlichkeit zu Verbrechen zu erklären (wobei bis zur Verabschiedung eines spezifischen Gesetzes die Verbrechen als »rassistisch motiviert« zu behandeln sind). Präsident Bolsonaro kritisierte diese Entscheidung öffentlich und nannte sie einen »Fehler«³². Viele sahen in dem Urteil eine Positionierung des Gerichtshofs gegen Versuche, Grundrechte zu beschneiden. 2020 befand das Gericht kommunale Verbote der Erwähnung von geschlechtlicher Vielfalt, Gleichberechtigung und sexueller Vielfalt an staatlichen Schulen für verfassungswidrig, ebenso wie das vom Gesundheitsministerium erlassene Verbot für homosexuelle Männer, Blut zu spenden.

Diese positiven Entscheidungen zu sexueller Identität und individueller Ausdrucksfreiheit erstrecken sich jedoch nicht auf reproduktive Rechte. Im Mai 2020 wies das Gericht eine Verfassungsklage ab, die die Ausnahmen von der Strafbarkeit der Schwangerschaftsabbrüche hätte erweitern können (ADI

5581/2016). Eine Klage von 2017 auf Entkriminalisierung der Schwangerschaftsabbrüche vor der zwölften Schwangerschaftswoche (ADPF 442) war im August 2018 Gegenstand einer öffentlichen Anhörung vor dem Gericht, aber eine Entscheidung steht noch aus.

Drittens haben feministische Bewegungen es nach Jahren der kontinuierlichen Beteiligung auf staatlicher Ebene bislang nicht geschafft, Strategien für eine politische Situation zu entwickeln, in der sie in ihrer Arbeit behindert werden und der Staat sich gegen sie wendet. Es macht einen großen Unterschied, ob man in einem Umfeld aktiv ist, in dem man begrenzten Einfluss hat, oder ob einem offener Antagonismus entgegenschlägt. Noch ist nicht klar, wie feministische Bewegungen damit umgehen werden, dass sie in staatlichen Strukturen (zumindest auf Bundesebene) nicht mehr vertreten sind. Seit der Wahl Bolsonaros waren feministische Bewegungen und Organisationen nur begrenzt in der Lage, den Abbau von Gleichstellungspolitiken zu stoppen. Als zunehmend antifeministische Akteur_innen in die Regierung berufen wurden und ihr Einfluss damit stieg, blieb Feministinnen zunächst nur die öffentliche Kritik sowie der Versuch, Strategien zu entwickeln, um Rückschläge im Nationalkongress und in bundesstaatlichen Legislativversammlungen zu stoppen. Eine Schadensbegrenzung, die sich auf die Legislative konzentriert, reicht jedoch nicht aus. Die Disruption und Neuordnung der Politik betreffen Frauen ganz direkt – und beeinflussen die öffentliche Debatte. Daher braucht es auch Strategien, um der von der extremen Rechten betriebenen Entpolitisierung von Geschlechterungleichheiten entgegenzuwirken. Wohlgemerkt: Politisiert wird die Kategorie Geschlecht nach wie vor – jetzt allerdings, um progressive Perspektiven zu delegitimieren und traditionelle Geschlechterhierarchien und -rollen als »naturgegeben« zu zementieren. Eine der Aufgaben für Feministinnen wird daher sein, die »familienfreundliche« Politik der Regierung mit ihren Anrufungen der »Natur« zu entzaubern und ihre Nachteile für (insbesondere Schwarze) Frauen und LGBTQI* zu exponieren.

An gutem Willen mangelt es nicht. Allerdings ist es selbst für staatliche Bedienstete mittlerweile riskant, innerhalb des Staates bestehende Rechte zu verteidigen. Ein Beispiel: Im Juni 2020 wurden Mitarbeiter_innen der Abteilung für Frauengesundheit im Gesundheits-

³² <https://agenciabrasil.ebc.com.br/politica/noticia/2019-06/bolsonaro-critica-decisao-do-stf-de-criminalizar-homofobia> (aufgerufen am 4.2.2021).

ministerium vom Dienst suspendiert, nachdem sie eine Handreichung mit Informationen zu Schwangerschaftsverhütung und Zugang zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen verfasst hatten.³³

Im Kontext dieser Polarisierung haben feministische Organisationen und Bewegungen ihr Engagement in das Internet und auf die Straße getragen. Im Jahr 2000 fanden sich Schwarze, indigene, *Quilombola*³⁴ und lesbische Frauen mit Schülerinnen und Studentinnen, Landarbeiterinnen und Frauen aus den Peripherien der brasilianischen Großstädte zusammen, um Proteste zu organisieren und ihren Perspektiven Sichtbarkeit zu verleihen. Sie machten deutlich, dass nur sie selbst ihre Bedürfnisse vertreten und sich selbst definieren können. Dies mündete in die *Marchas das Vadias* (»Slut Walks«), die 2012 in 23 brasilianischen Städten stattfanden, die *Marchas das Margaridas* (»Marsch der Gänseblümchen«), die in den Jahren 2000, 2003, 2007, 2011, 2015 und 2019 Landarbeiterinnen aus dem ganzen Land in die Hauptstadt Brasília brachten, sowie den *Marcha das Mulheres Negras*, (»Marsch der Schwarzen Frauen«) zu dem sich im Jahr 2015 über 50 000 Menschen in Brasília zusammenfanden. Ebenfalls 2015 demonstrierten Tausende Frauen gegen ein Gesetz (PL 5069/2013), das Frauen nach einer Vergewaltigung den Zugang zu Versorgung im Krankenhaus erschwert hätte. Es waren die größten Proteste zur Forderung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch der brasilianischen Geschichte. Etwa ein Jahr später (2016) waren sehr junge Frauen an vorderster Front dabei, als landesweit Sekundarschulen besetzt wurden, um gegen unbeliebte Reformen im Bildungssystem zu protestieren. Die Sprache dieser Proteste war eindeutig feministisch; die Protestierenden positionierten sich klar als Frauen und nutzten Slogans wie: »Kämpfe wie ein Mädchen!« Im März 2020 zeigte die erste Nationale Konferenz landloser Frauen, dass feministische Werte und Praktiken auch in einer der bedeutendsten und traditionsreichsten sozialen Bewegungen Brasiliens angekommen waren. Hinzu kommt

eine Vielzahl feministischer Internetseiten, Blogs und Debatten in sozialen Medien, aber auch in der Presse sowie im Fernsehen.

Der vierte und letzte wichtige Punkt ist, dass Brasilien im Moment einen Prozess durchlebt, den man nicht nur als Krise, sondern nachgerade als Erosion demokratischer Werte und Institutionen charakterisieren kann. Die rechtsextreme Regierung Jair Bolsonaro's ermutigt und legitimiert die Stigmatisierung kollektiver Akteur_innen ebenso wie Angriffe auf Linke, Menschenrechtsgruppen, Feministinnen und LGBTQI*, Schwarze Bewegungen, Indigene und Umweltaktivist_innen. Sie attackiert Wissen, das die Welt ihrer alten Selbstverständlichkeiten beraubt (wissenschaftliche Forschung, akademische Debatte) und betreibt den Abbau des nationalen Forschungsförderungssystems, das der Staat in den letzten Jahrzehnten aufgebaut hatte. Insbesondere die Geistes- und Sozialwissenschaften sowie die Genderstudies werden zur Zielscheibe für Mittelkürzungen und offene Angriffe von Vertreter_innen der Regierung.

Dies ist kein einfaches Umfeld für soziale Bewegungen. Erschwert wird der Aktivismus zusätzlich durch die Covid-19-Pandemie, deren Ausmaß von der Regierung heruntergespielt wurde – was wiederum zu neuen Konflikten mit bundesstaatlichen Gouverneuren, Kongress und Oberstem Bundesgericht geführt hat. Der wissenschaftsfeindliche Kurs der Regierung wurde bereits scharf kritisiert. Gleichzeitig laufen Ermittlungen gegen Jair Bolsonaro wegen des Verbreitens von Falschmeldungen während des Wahlkampfs 2018 sowie wegen möglicher Verbrechen unter Beteiligung einer seiner Söhne.

Der Autoritarismus hat dazu geführt, dass neue Bündnisse entstehen und alte wiederaufleben. Das Ziel ist kein geringeres als die Verteidigung der Demokratie. Feministische Organisationen sind nicht die Anführerinnen, aber die Proteste könnten eine Chance bieten, dafür zu sorgen, dass Frauen, die vom Autoritarismus im Stich gelassen werden, in einem demokratischen System mit ihren Belangen besser berücksichtigt werden.

³³ <https://brpolitico.com.br/noticias/apos-nota-sobre-aborto-ministerio-da-saude-exonera-equipe-de-saude-da-mulher/> (aufgerufen am 5.6.2020).

³⁴ Die *Quilombolas* leben in Gemeinschaften, die von Schwarzen Männern und Frauen gegründet wurden, die der Sklaverei entkommen waren. Diese Gemeinschaften bestanden auch nach dem Ende der Sklaverei in Brasilien (1888) fort; ihre traditionellen Landansprüche sind in der Verfassung von 1988 festgeschrieben.

LITERATUR

Abers, Rebecca Naeara; Tatagiba, Luciana (2015): Institutional Activism: Mobilizing for Women's Health from Inside the Brazilian Bureaucracy, in: Federico M. Rossi/Marisa von Bülow (Hrsg.): *Social Movement Dynamics: New Perspectives on Theory and Research from Latin America*. London: Ashgate: 73–101.

Almeida, Ronaldo de (2017): A onda quebrada – evangélicos e conservadorismo, in: *Cadernos Pagu*, 50:

Alvarez, Sonia E. (2014): Para além da sociedade civil: reflexões sobre o campo político feminista, in: *Cadernos Pagu*, 43: 13–56.

Biroli, Flávia (2018): *Gênero e desigualdades: limites da democracia no Brasil*. São Paulo: Boitempo Editorial.

Biroli, Flávia (2020): The Backlash against Gender Equality in Latin America, in: *Lasa Forum*, 512: 22–27.

Brown, Wendy (2019): *In the Ruins of Neoliberalism: The Rise of Antidemocratic Politics in the West*. New York: Columbia University Press.

Cowan, Benjamin Arthur (2014): „Nosso Terreno“ crise moral, política evangélica e a formação da „Nova Direita“ brasileira, in: *Varia Historia*, 30(52): 101–125.

Diniz, Débora u. a. (2017): Pesquisa Nacional de Aborto 2016, in: *Ciência e Saúde Coletiva*, 22(2): 653–660.

Fundação Tide Setúbal (2019): *O conservadorismo e as questões sociais*. São Paulo: CDE e Fundação Tide Setúbal.

Lacerda, Marina Basso (2019): *O novo conservadorismo brasileiro*. Porto Alegre: Editora Zouk.

Machado, Maria das Dores (2005): Representações e relações de gênero nos grupos pentecostais, in: *Revista Estudos Feministas*, 13(2): 387–396.

Machado, Maria das Dores (2017): Pentecostais, sexualidade e família no Congresso Nacional, in: *Horizontes Antropológicos*, 23(7): 351–380.

Machado, Maria das Dores (2018): Religion and moral conservatism in Brazilian politics, in: *Politics and Religion Journal*, 12(1): 55–77.

Rocha, Camila (2019): „Imposto é Roubo!“ A Formação de um Contrapúblico Ultraliberal e os Protestos Pró-*Impeachment* de Dilma Rousseff, in: *Dados*, 62(3): e20190076: 1–42; <http://dx.doi.org/10.1590/001152582019189> (aufgerufen am 10.2.2021).

Santos, Fabiano; Guarnieri, Fernando (2016): From Protest to Parliamentary Coup: An Overview of Brazil's Recent History, in: *Journal of Latin American Cultural Studies*, 25(4): 485–494; <http://dx.doi.org/10.1080/13569325.2016.1230940> (aufgerufen am 4.2.2021).

Tatagiba, Luciana; Galvão, Andreia (2019): Os protestos no Brasil em tempos de crise (2011–2016), in: *Opinião Pública*, 25(1): 63–96.

Zanotta Machado, Lia (2016): O aborto como direito e o aborto como crime: o retrocesso neo-conservador, in: *Cadernos Pagu*, 50.

AUTORIN

Flávia Biroli ist Professorin für Politikwissenschaft am Institut für Politikwissenschaft der Universität Brasília. An der Landesuniversität von Campinas (Unicamp) erwarb sie 1999 einen Master und 2003 einen PhD in Politischer Geschichte. Schwerpunkt-mäßig forscht sie zu Geschlecht und Demokratie in Brasilien und Lateinamerika sowie zu feministischer politischer Theorie. Zu ihren kürzlich veröffentlichten Büchern gehören *Gênero e desigualdades: limites da democracia no Brasil* (Boitempo Editorial 2018) und *Gênero, neoconservadorismo e democracia* (mit Maria das Dores Machado und Juan Vaggione, Boitempo 2020). Sie war Short-Term Fellow am Jesus College der Universität Oxford und Gastwissenschaftlerin am Latin American Centre der Universität Oxford (2020), ferner Vorsitzende der brasilianischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (2018–2020) sowie Mitglied des zivilgesellschaftlichen Beirats für *UN Women* in Brasilien (2016/17) und der Expert_innengruppen der 64. und 65. Kommission über den Status der Frauen (2019/20).

IMPRESSUM

2021

ISBN 978-3-96250-722-0

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17 • 10785 Berlin

Autorin: Flávia Biroli

Redaktion: Kim Krach • Friedrich-Ebert-Stiftung, Elisa Gutsche

Ansprechperson: Kim Krach (kim.krach@fes.de)

Gestaltung: Dominik Ziller • DZGN

Druck: Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Gedruckt auf EnviroPolar, 100 Prozent Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung seitens der FES nicht gestattet.

© 2021 Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft
www.fes.de

Die Studienreihe *Triumph der Frauen? Das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus und -extremismus in ausgewählten Ländern* finden Sie im Internet unter:

<https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend/gender/triumph-der-frauen-ii>

Die Studienreihe wird laufend erweitert.

Bisher erschienen sind:

- › 01 *Antifeminismus in Deutschland in Zeiten der Corona-Pandemie* (2020)
- › 02 *Fallstudie Vereinigtes Königreich und der Brexit* (2020)
- › 03 *Fallstudie Vereinigte Staaten von Amerika* (2020)
- › 04 *Fallstudie Österreich* (2020)
- › 05 *Synopse der sechs Länderstudien in Band I Triumph der Frauen?* (2021)
- › 06 *Fallstudie Italien* (2021)
- › 07 *Fallstudie Brasilien* (2021)

Den Studienband *Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right in Europe* (2018)

finden Sie auf Deutsch und Englisch im Internet unter:

<https://www.fes.de/lnk/3yh>

www.fes.de

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Politik
und Gesellschaft